

Waldsymposium der AGDW – 23. & 24 Juni 2021

Fragen und Forderungen der Teilnehmer an die Forstpolitik des Bundes

Beantwortung durch **Alois Gerig**, MdB, Forstpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Klimaschutzleistungen des Waldes jetzt honorieren:

Wie kann Wald und Holz besser in einer nächsten notwendigen Änderung des Klimaschutzgesetzes berücksichtigt werden auch im Hinblick auf die Honorierung der Klimaschutzleistungen des Waldes?

In der Tat herrscht großer Nachbesserungsbedarf am Klimaschutzgesetz was die Waldwirtschaft angeht. Die Art und Weise der Treibhausgas-Bilanzierung orientiert sich aber an international vereinbarten Regeln des Klimaregimes. Es ist nun wichtig, dass wir weitere Anreize schaffen, die größer sind als die aktuellen „Fehlansätze“ aus dem Klimaschutzgesetz. Daher müssen wir bei der zukünftigen Honorierung der Klimaschutzleistung von Wäldern auch die Holzverwendung mitberücksichtigen. Hier ist es wichtig die Ausgangssituation in unseren Wäldern zu kennen: Wegen der bestehenden Altersklassenverteilung wird es in den nächsten Jahren einen Vorratsabbau geben müssen, um die Wälder klimaresilient weiterzuentwickeln und durch Waldpflege bestehende Risiken zu minimieren. Dies steht nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Minderung von Treibhausgasen, denn verjüngte Wälder weisen einen höheren Zuwachs auf als alte, vorratsreiche Wälder und sind zudem widerstandsfähiger gegen die Folgen von Extremwetterereignissen. Das macht deutlich, dass wir die Anpassung der Wälder an den Klimawandel finanziell absichern müssen. Das zukünftige System der Honorierung muss also sowohl Anreize für die Minderung als auch für die Anpassung an den Klimawandel bieten und gleichzeitig kohärent mit den übrigen Zielen der Waldpolitik und der Ressourcenpolitik sein. Das ist anspruchsvoll, muss aber der Anspruch sein.

Welche Vor- und Nachteile sehen Sie in einer staatlichen Honorierungsprämie gegenüber privatwirtschaftlichen Honorierungsangeboten für den Wald?

Zunächst: jede neue und zusätzliche Finanzierungsquelle für eine nachhaltige Waldbewirtschaftung ist zu begrüßen! Jedoch sollten öffentliche Systeme nur dort einspringen, wo die erbrachten Leistungen noch nicht marktfähig sind, bzw. ein „Marktversagen“ eintritt. Zurzeit sehe ich daher ein öffentliches System als notwendig. Der Nachteil einer jeder öffentlichen Förderung ist jedoch ein gewisser Gewöhnungseffekt. Sobald ein Fördersystem einmal etabliert ist, ist es nicht mehr so leicht zurückzunehmen. Schlimmstenfalls kann dies zu Abhängigkeiten führen. Wie sehr eine längerfristige Förderung sich in ein manchmal einschränkendes Anspruchsdenken der jeweiligen Klientel verwandelt, lässt sich in der Landwirtschaft beobachten. Hier bröckelt jedoch schon länger die breite gesellschaftliche Akzeptanz der Zahlungen.

Damit ist auch der besondere Nachteil einer staatlichen Förderung verbunden: die notwendige gesellschaftliche Rechtfertigung. Den SteuerzahlerInnen muss – richtiger Weise – deutlich gemacht werden, was die Waldbesitzenden in und mit ihren Wäldern leisten, um dafür öffentliche Gelder zu erhalten. Hier bin ich optimistisch, da der Wald genügend Dinge leistet – jedoch muss dies auch hinreichend erklärt werden. Das bedarf einer enormen kommunikativen Leistung! Das wird zukünftig mit eine der wichtigsten Aufgaben der Waldbesitzenden und Bewirtschaftenden. Ein Vorteil von privaten Systemen liegt in den hohen Finanzvolumina, die für den Bereich Wald erschlossen werden könnten. Nachteilig sind jedoch beide Systeme, wenn sie nur ein Ziel (z.B. THG-Minderung) in den Fokus nehmen und damit falsche Erwartungen bei den Waldbesitzenden wecken. So könnten Regressforderungen von privatwirtschaftlichen Investoren gegen Waldbesitzer ausgelöst werden (z.B. bei Nicht-Erfüllung von Minderungszielen durch ungeplante Kalamitäten) oder eine besondere Form der Waldbewirtschaftung anreizen (z.B. Vorratsanreicherung), die walddpolitischen Zielen wie Stabilität und Resilienz von Waldökosystemen und der künftigen Versorgung der Gesellschaft mit Holz und dem Übergang in eine biobasierte Wirtschaft abträglich sind. Hier können staatliche Honorierungssysteme solche Modelle einführen, die sowohl den langfristigen Erhalt und Ausbau des THG-Minderungspotentials adressieren als auch mit den übrigen Zielen der Waldpolitik und der Ressourcenpolitik Holz kohärent sind.

Sind Fördermittel für eine Steigerung der Holzverwendung vorgesehen?

Ja! Die Verwendung von Holz aus heimischen, nachhaltig bewirtschafteten Wäldern ist Klimaschutz. Wir haben uns schon in der Vergangenheit für eine ausreichende Ausstattung der Förderprogramme Nachwachsende Rohstoffe sowie für genügend Mittel aus dem Klimaschutzprogramm 2030 eingesetzt. Auch die Mittel aus dem Waldklimafonds können wir noch steigern. Jegliche Kürzungen würden dem Beitrag der Holzverwendung zum Schutz des Klimas, der Schonung endlicher Ressourcen und dem Erhalt der Wertschöpfung im Sinne der Ziele der Charta für Holz 2.0 entgegenstehen.

Welche Ökosystemleistung soll prioritär gefördert werden, die Klimaschutzleistung, die Biodiversität, die Erholungsleistung etc.?

Es wäre ein Fehler, eine Leistung über die anderen zu stellen. Gerade hier ist es wichtig, dass komplexe Ökosystem Wald als Ganzes zu verstehen. Die verschiedenen Leistungen gehen Hand in Hand. Seit dem Pariser Klimaschutzabkommen steht jedoch der Klimaschutz bei den Ökosystemleistungen der Wälder an vorderster Stelle. Dies wurde verstärkt durch die deutlich sichtbaren Folgen der Extremwetterereignisse der letzten Jahre und durch das aktuelle Urteil des Bundesverfassungsgerichtes. So werden Erholungsfunktion und Biodiversität durch den Klimawandel ebenfalls stark beeinträchtigt. Gerade während der Corona-Pandemie wurde uns deutlich vor Augen geführt, welche Bedeutung der Wald für die Erholung der Menschen hat. Dieser Eindruck wird verstärkt durch die wachsende Zahl an gesundheitsfördernden Anwendungen, die im Wald angeboten werden.

Das System der Honorierung muss hier einen praktikablen Mittelweg finden, der die Leistungen in ihrem systemischen Charakter erkennt und fördert – aber auf der anderen Seite darf es nicht zu sehr ins Klein-Klein gehen und so zu einem großen bürokratischen Aufwand führen. Diese Aufgabe hier ein entsprechendes System zu entwickeln, ist enorm schwer, aber von besonderer Bedeutung für die Zukunft unseres Waldes. Das BMEL hat sich mit seinem Honorierungssystem primär auf die Klimaschutzfunktion, also die CO₂-Senke, konzentriert. Das ist nachzuvollziehen, aber meines Erachtens muss hier noch nachgeschärft werden und versucht werden, vorhandene Synergien in diesem komplexen Ökosystem Wald zu nutzen und gezielter zu fördern.

Kleinprivatwald stärken – Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern und professionalisieren:

Die Professionalisierung von Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wird durch die De-minimis Regelung behindert. Setzen Sie sich für eine Notifizierung des Fördergrundsatzes C ein?

Ja. Meines Wissens leiten Bund und Länder bereits die Notifizierung des GAK-Fördergrundsatzes 5C „Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse“ bei der EU-Kommission ein.

Europa im Dialog gestalten:

Wie wollen wir unsere CO₂-Einsparungen erfüllen, wenn das Potential im Produktspeicher Holz durch EU-Umweltpolitiken nicht mehr erbracht werden kann?

Guter Punkt. Hier wollen und müssen wir unseren Einfluss in Brüssel geltend machen. Die Planungen der EU-Kommission in Bezug auf LULUCF, sowie die EU Biodiversitäts- und die EU-Waldstrategie sehe ich in diesem Zusammenhang äußerst kritisch. Zum einen ist durch die aktuell streng ausgelegten Schutzgebietsziele, einschl. 10% Stilllegung der Landfläche, die sich überproportional in den Wäldern abspielen wird, längerfristig mit einer beachtlichen „Holz-lücke“ für die EU zu rechnen. Zum anderen soll der Forstsektor künftig auch die Emissionen der Landwirtschaft ausgleichen. Das ist selbst ohne Blick auf die ebenso angestrebten Bioökonomieziele nicht konsistent und kaum realisierbar. Auch ohne die Klimaziele würde bei 1:1 Umsetzung der Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie künftig Holz in wesentlich größeren Mengen als bisher in die EU importiert werden müssen und die negativen Klimawirkungen der EU auf andere Regionen verlagert werden. Damit wäre keinem geholfen. Daher ist in Deutschland wie auf EU-Ebene auf die Sicherstellung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung zu achten. Hier müssen wir unsere Bedenken zukünftig noch deutlicher machen.

Instrumente zur Krisenbewältigung schaffen und novellieren:

Wie könnte ein umfassendes Krisenmanagement Ihrer Meinung nach ausgestaltet sein, wobei das Forstschäden-Ausgleichsgesetz nur einen Baustein darstellt und wo auch die Prävention und Vorsorge eine große Rolle spielen?

In der Tat steht unser Wald schon jetzt vor Herausforderungen, die über ausgleichbare Holzmarktstörungen hinausgehen. Anhaltender Borkenkäferbefall oder fortschreitende Dürreschäden sind hier zu nennen. Tatsächlich fehlen bislang geeignete Instrumente und Verfahren des Risiko- und Krisenmanagements im erforderlichen Umfang. Nichtsdestotrotz ist das ForstSchAusglG ein wesentlicher Bestandteil, der überarbeitet und erweitert werden muss. Die Erfahrung zeigt, dass für den Walderhalt und die Waldpflege ggf. ergänzende Regelungen und Maßnahmen für die Risikovorsorge und ein geeignetes Risiko- und Krisenmanagement als integraler Bestandteil ordnungsgemäßer Waldbewirtschaftung auf Ebene von Bund und Ländern erforderlich sind. Für die Bewältigung künftiger Waldkrisen sollte dabei ein breites Bündel an geeigneten Vorsorge- und Reaktionsinstrumenten (rechtliche Regelungen, Förderung, Wissenstransfer) zur Verfügung stehen. Basis für ein professionelles Risiko- und Krisenmanagement muss zudem ein umfassendes Schadensmonitoring sein. Krisenhafte Entwicklungen in den Waldökosystemen müssen erkannt oder prognostiziert werden, ihr Ausmaß muss erfasst werden und zeitnah objektive Daten für Entscheidungen darüber bereitstellen, ob und ggf. welche Maßnahmen eines Krisenmanagements erforderlich sind.

Waldwirtschaft 4.0 – Digitalisierung im ländlichen Raum stärken:

Planen Sie Pilotprojekte zu schaffen/zu fördern, um Innovationen voranzubringen und in Praxis zu verankern?

Förderungen von innovativen Ansätzen und die praktische Erprobung sind ein enorm wichtiger Motor um Anpassung an sich ändernde Bedingungen zu gewährleisten. Sowohl der Waldklimafonds als auch das Förderprogramm Nachwachsende Rohstoffe fördern schon jetzt innovative Pilotprojekte - auch im Bereich des Risiko- und Krisenmanagements.

Verantwortungsvolle Jagd für den Wald in der Klimakrise:

Wie soll der Schutz von Waldbesitzenden, die in Forstbetriebsgemeinschaft und/oder Jagdgenossenschaften zusammengeschlossen sind, organisiert werden, wenn Abschusspläne und Jagd zu Schäden führen? Das gilt für die tatsächlich materiellen Schäden, als auch für z.B. den Zertifikatsverlust (z.B. PEFC) oder – im schlimmsten Falle – für Rückforderungen von Honorierungsleistungen (CO₂, ÖSL).

Hier haben Waldbesitzende schon jetzt die Möglichkeit, gerichtlich gegen zu niedrige Abschusspläne vorzugehen und zudem Schadensersatz geltend zu machen. Die Jagdpachtverträge sind hier ebenfalls ein wirksames Instrument, in dem die Waldbesitzenden sich Sonderkündigungsrechte für genau solche Fälle – also der unzureichenden Erfüllung der jagdlichen Pflichten - vorbehalten können.

Leistungen der Wälder erhalten – Eigentümer weiterhin motivieren:

Das wichtigste Instrument der Kleinprivatwaldbetreuung sind Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse. Wie wollen Sie diese stärken, um die Bewirtschaftung des Kleinprivatwaldes weiter zu stärken?

Gerade die Kleinprivatwaldbesitzenden sind mir ein besonderes Anliegen. Ich selbst zähle dazu und kenne die Fragen und Schwierigkeiten, vor denen man steht. Hier müssen wir an der Professionalisierung der Zusammenschlüsse arbeiten und auch Aufklärungsarbeit leisten. Zu viele Waldbesitzende wissen nicht einmal von ihrem Wald und so bleibt viel Potential ungenutzt.